

## Beschluss

# Für starke, demokratische und selbstbestimmte Kommunen – Sächsische Gemeinde- und Landkreisordnung reformieren

### Bewerbung

Tagesordnungspunkt: Verschiedenes

## Für starke, demokratische und selbstbestimmte Kommunen – Sächsische Gemeinde- und Landkreisordnung reformieren

1 Am 26. Mai wählen die Menschen in Sachsen ihre kommunalen Vertretungen neu und  
2 bestimmen, wer zukünftig im Gemeinderat, Stadtrat, Kreistag, Ortschaftsrat oder  
3 Stadtbezirksbeirat sitzt.

4 Wir erleben als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gerade, dass sich viele Menschen vor Ort  
5 politisch einbringen wollen. Dies geht nicht nur uns so. Viele Bürgerinnen und  
6 Bürger kandidieren für ihre kommunalen Vertretungen, um sich für die  
7 unmittelbare Gestaltung ihres Lebensumfeldes zu engagieren. Die tausenden  
8 ehrenamtlichen kommunalen Rätinnen und Räte sind das Rückgrat unserer  
9 Demokratie.

10 Doch mit Blick auf die Rechte der Kommunen, die demokratischen Prozesse mit  
11 Leben zu erfüllen, muss konstatiert werden, dass der Freistaat die Kommunen  
12 gängelt, statt ihnen endlich das demokratische Handwerkszeug zu geben, dass  
13 notwendig ist, um unsere Kommunen zu stärken. Dies spüren die neu gewählten  
14 Rätinnen und Räte spätestens dann, wenn ihnen Minderheitenrechte – wie die  
15 Fraktionsbildung – erschwert werden oder sie feststellen müssen, wie hoch die  
16 Hürden für Bürgerbeteiligung sind.

17 Wir GRÜNE bekennen uns nicht nur zur Bedeutung der kommunalen Demokratie, wir  
18 wollen sie allumfassend stärken. Das unterscheidet uns von CDU und SPD, die in  
19 den letzten fünf Jahren regelmäßig zum Schlag gegen die kommunale  
20 Selbstverwaltung ausgeholt haben, sei es durch die Beschneidung der Rechte der  
21 Stadt- und Gemeinderäte oder durch die Verhinderung der Einführung der  
22 Ortschaftsverfassung in den kreisfreien Städten.

23 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Sächsische Gemeindeordnung und die  
24 Landkreisordnung, die den rechtlichen Rahmen für kommunales Engagement geben,  
25 umfassend ändern. Unser Ziel ist: Weniger Gewicht für die starken, von  
26 Bürgermeisterinnen bzw. Bürgermeistern oder Landrätinnen und Landräten  
27 geleiteten Verwaltungen, und größere Betonung von selbstbewussten kommunalen  
28 Vertretungen, die als demokratisch legitimiertes Hauptorgan ein wirkmächtiges  
29 Gegenbild dazu bilden. Deshalb wollen wir die Rechte der kommunalen Vertretungen  
30 und ihrer Mitglieder deutlich ausbauen.

31 Darüber hinaus wollen wir die Rechte der Bürgerinnen und Bürger bei der  
32 Gestaltung ihres Zusammenlebens stärken. Elemente der direkten Demokratie sind  
33 mit Einwohnerantrag, Bürgerantrag und -entscheid vorhanden, werden aber auch  
34 aufgrund der hohen Quoren so gut wie gar nicht genutzt. In ihrer derzeitigen

35 Ausgestaltung schränkt die Gemeinde- und die Landkreisordnung die Beteiligung  
36 von Bürgerinnen und Bürgern ein bzw. überlässt die konkrete Ausgestaltung den  
37 Kommunen. Mindeststandards für Beteiligung und Transparenz bestehen leider  
38 nicht.

39 Starke Kommunen gibt es nur, wenn Bürgerinnen und Bürger mitgestalten können.  
40 Wir wollen einen Aufbruch in eine neue Bürgergesellschaft in Sachsen und deshalb  
41 den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, sich einfacher und besser in  
42 die Entscheidungsprozesse einbringen zu können.

#### 43 **Entscheidungs- und Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger konsequent** 44 **stärken**

45 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Engagement der Menschen, die sich in Sachsen  
46 für das Gemeinwohl und für ihre Mitmenschen einsetzen, stärken. Bürgerinnen und  
47 Bürger, die Verantwortung für unsere Gesellschaft übernehmen, sollen die  
48 Erfahrungen machen, dass sich dieser Einsatz lohnt, ihr Tun konkrete Folgen hat  
49 und sie so auch Veränderungen anstoßen können.

50 Dazu gehört die Möglichkeit, Sachentscheidungen unmittelbar selbst zu treffen.  
51 Dafür müssen bestehende inhaltliche und formale Hürden von Bürgerentscheiden  
52 abgebaut werden – durch eine einheitliche Absenkung der Quoren für  
53 Bürgerbegehren von 10 auf 5 Prozent und des Zustimmungsquorums bei  
54 Bürgerentscheiden von 25 auf 10 Prozent. Wir wollen, dass eine umfassende  
55 Information über die Inhalte von Bürgerentscheiden vor deren Durchführung zur  
56 Pflicht für die Verwaltung wird, damit die Bürgerinnen und Bürger eine  
57 informierte Entscheidung treffen können. Wir wollen zudem regeln, dass  
58 Bürgerbegehren und -entscheide auch in den Ortschaften durchgeführt werden  
59 können, ohne dass dies explizit durch die Hauptsatzung geregelt werden muss.  
60 Zudem braucht es die Möglichkeit zur Durchführung von Bürgerbegehren in  
61 Stadtbezirken.

62 Über die Entscheidungsrechte hinaus, ist es als GRÜNE unser Anliegen,  
63 Bürgerbeteiligung nicht als Gnadenakt der Verwaltung oder als ein Prozess „von  
64 Oben“ zu begreifen, sondern als Instrumentenkasten, der es den Bürgerinnen und  
65 Bürgern ermöglicht, zu gestalten. Daher wollen wir es zur gesetzlichen Pflicht  
66 machen, dass die Gemeinden und Kreise Bürgerbeteiligungssatzungen erlassen, in  
67 welchen den Bürgerinnen und Bürgern das Recht eingeräumt wird, mit einer  
68 bestimmten Zahl an Unterschriften, sowohl Informationsanliegen gegenüber der  
69 Verwaltung durchzusetzen, als auch einklagbare Beteiligungsrechte bei konkreten  
70 Vorhaben geltend zu machen.

71 Um die Macht der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie der Landrätinnen und  
72 Landräte zu beschränken, wollen wir ihre Amtszeit auf die Dauer der Amtsperiode  
73 der Gemeinderäte und Kreistage reduzieren und gleichzeitig – die bisher kaum  
74 erfüllbaren – Voraussetzung für ihre Abwahl durch eine Absenkung des Quorums für  
75 das Abwahlverfahren von 33 auf 20 und des Erfolgsquorums von 50 auf 25 Prozent  
76 erleichtern. Ein Amt als Bürgermeisterin oder Bürgermeister halten wir für  
77 unvereinbar mit einem Kreistagsmandat.

#### 78 **Kommunale Selbstverwaltung darf kein leeres Bekenntnis sein**

79 Mit der letzten Gemeindeordnungsnovelle hat die schwarz-rote Koalition zum  
80 Schlag gegen die kommunale Selbstverwaltung ausgeholt, indem sie das Recht,  
81 Ortschaftsverfassungen für Ortsteile einzuführen, stark beschränkt hat. Dies  
82 trifft nicht nur die Kreisfreien Städte, denen die Einführung der

83 Ortschaftsverfassung zur Stärkung der kommunalen Demokratie im Stadtgebiet nun  
84 nicht mehr möglich ist, sondern auch viele kreisangehörige Gemeinden, die nicht  
85 mehr ohne weiteres neue Ortschaftsverfassungen einführen können. Mit dieser  
86 Entscheidung wurde der in der Kreisfreien Stadt Dresden bereits begonnene  
87 Prozess, das Ortschaftsrecht für die gesamte Stadt und die bisherigen  
88 Stadtbezirke einzuführen und auf diesem Wege erweiterte  
89 Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, unmöglich  
90 gemacht. Daran ändert auch die seit dem existierende Möglichkeit, die  
91 Stadtbezirksbeiräte zu wählen, nichts. Die Direktwahl der  
92 Stadtbezirksvertreter\*innen stellt dennoch einen wichtigen Beitrag zur  
93 Demokratisierung der Kommunalpolitik dar, auch weil sie Stadtteilakteuren die  
94 Möglichkeit einer von den Bürger\*innen legitimierten Interessensvertretung  
95 ermöglicht.

96 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die nicht hinnehmbare Ungleichbehandlung von  
97 Einwohnerinnen und Einwohnern in Ortschaften und anderen Stadtteilen beenden und  
98 den verfassungswidrigen Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung wieder  
99 rückabwickeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen darüber hinaus für eine offene,  
100 viele Arten von Beteiligung ermöglichende Regelung des Ortschafts- und  
101 Stadtbezirksverfassungsrechts. Wir wollen es der Entscheidung der Kommunen  
102 überlassen, welches Modell sie vor Ort für richtig halten und wollen es deshalb  
103 auch ermöglichen, dass Städte mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern  
104 und nicht nur die Kreisfreien Städte die Stadtbezirksverfassung einführen  
105 dürfen.

#### 106 ***Mehr Macht für die gewählten Vertreterinnen und Vertreter***

107 Wir wollen der Position der Stadt- und Gemeinderäte gegenüber den  
108 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern und der Kreistage gegenüber den  
109 Landrätinnen und Landräten mehr Gewicht verleihen.

110 Dazu muss der Automatismus beendet werden, dass die oder der Bürgermeister/in  
111 und die Landrätin oder der Landrat automatisch dem Gemeinderat bzw. dem Kreistag  
112 vorsitzen und deren Sitzungen leiten. Deshalb haben wir zum Ziel, dass es  
113 zukünftig in der Hand der kommunalen Vertretungen liegt, ob eines ihrer  
114 Mitglieder oder die/der Bürgermeister/in bzw. die/der Landrätin/Landrat den  
115 Vorsitz übernimmt.

116 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für ein Akteneinsichtsrecht der einzelnen Rätinnen  
117 und Räte und das Recht eines Viertels des Gemeinderats ein, einen Ausschuss zur  
118 Untersuchung von Missständen einzusetzen. Diese Ausschüsse sollen ausreichende  
119 Befugnisse erhalten, um Verwaltungsversagen auch tatsächlich aufklären zu  
120 können.

121 Gesetzlich geregelt soll künftig auch werden, dass bereits 5 Prozent der  
122 Ratsmitglieder das Recht haben, eine Fraktion zu bilden, sofern dies mindestens  
123 zwei Personen sind. Die Gemeinden müssen den Fraktionen angemessene Mittel für  
124 die sächlichen Aufwendungen gewähren. In Gemeinden mit einer/m hauptamtlichen  
125 Bürgermeister/in sind auch Mittel für die personellen Aufwendungen für die  
126 Geschäftsführung der Fraktionen bereitzustellen.

127 Wir wollen darüber hinaus das Höchstzahlverfahren nach d'Hondt, was im  
128 Kommunalrecht häufig bei der Sitzzuteilung Anwendung findet und kleinere  
129 Fraktionen erheblich benachteiligt, durch ein neutrales Sitzzuteilungsverfahren  
130 ersetzen.

131 Ebenso wollen wir die Notwendigkeit des Einvernehmens der/des Landrätin/Landrats  
132 bzw. des/der Bürgermeister/in für die Wahl der Beigeordneten durch die Stadträte  
133 und Kreistage abschaffen, da dies eine unnötige Beschneidung ihrer Rechte  
134 darstellt.

135 ***Ohne bessere Information keine gute Beteiligung***

136 Eine bestmögliche Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern setzt Transparenz und  
137 Informiertheit voraus. Nur wenn ich weiß, welche Entscheidungen in meiner  
138 Kommune anstehen, kann ich mir dazu eine Meinung bilden und mich mit anderen  
139 darüber austauschen. In Sachsen gibt es immer noch Gemeinden, in denen die  
140 Beschlussvorlagen für die öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung nicht  
141 veröffentlicht werden. Bürgerinnen und Bürger können sich zwar über die  
142 Tagesordnung informieren, nicht aber über die konkrete Entscheidungsgrundlage.  
143 Das ist das Gegenteil von Transparenz. Das ist Geheimniskrämerei, die zu  
144 Überdross und Ablehnung von Politik führt, die wir derzeit vielerorts erleben.  
145 Deshalb wollen wir verbindlich in der Gemeindeordnung regeln, dass die Kommunen  
146 alle Vorlagen rechtzeitig im Internet zu veröffentlichen haben. Ebenso wollen  
147 wir die grundsätzliche Öffentlichkeit der Ausschüsse durchsetzen, um eine  
148 bessere Transparenz über politische Entscheidungen herzustellen.

149 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten darüber hinaus für ein Transparenzgesetz ein, dass  
150 Kommunen verpflichtet, Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu allen Informationen  
151 zu ermöglichen, die vorhanden sind. Die kommunalrechtlichen Regelungen sollten  
152 diese Transparenz nachvollziehen und den Zugang zu Informationen über  
153 Bürgerbeteiligungssatzungen unterstützen.

154 ***Starke Kommunen brauchen mehr Vertrauen***

155 Wir wollen die kommunale Demokratie noch lebendiger machen und die Kommunen als  
156 Keimzellen der Demokratie stärken. Dazu braucht es mehr Vertrauen in die  
157 kommunale Selbstverwaltung statt des regelmäßigen Versuches der CDU-geführten  
158 Staatsregierungen, die Kommunen an die Leine zu legen.

159 Ein Aufbruch in eine neue Bürgergesellschaft kann nur gelingen, wenn die  
160 Bürgerinnen und Bürger sowie Gemeinderäte, Stadträte, Kreistage und  
161 Ortschaftsräte endlich mehr Rechte erhalten. Am 26. Mai treten viele engagierte  
162 Menschen dafür an, ihre Kommune lebenswert und demokratisch zu gestalten. Bei  
163 der Landtagswahl am 1. September wird auch darüber entschieden, ob sie dafür  
164 größtmögliche Rechte erhalten oder weiter Ignoranz erfahren.